

MiFID II Product Governance / target market – Solely for the purposes of each manufacturer's product approval process, the target market assessment in respect of the Notes has led to the conclusion that: (i) the target market for the Notes is eligible counterparties and professional clients, each as defined in Directive 2014/65/EU (as amended, "**MiFID II**"); and (ii) all channels for distribution to eligible counterparties and professional clients are appropriate. Any person subsequently offering, selling or recommending the Notes (a "**distributor**") should take into consideration the manufacturers' target market assessment; however, a distributor subject to MiFID II is responsible for undertaking its own target market assessment in respect of the Notes (by either adopting or refining the manufacturers' target market assessment) and determining appropriate distribution channels.

MiFID II Produktüberwachungspflichten / Zielmarkt – Die Zielmarktbestimmung im Hinblick auf die Schuldverschreibungen hat – ausschließlich für den Zweck des Produktgenehmigungsverfahrens jedes Konzepteurs – zu dem Ergebnis geführt, dass (i) der Zielmarkt für die Schuldverschreibungen geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden, jeweils im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU (in der jeweils gültigen Fassung, "**MiFID II**"), umfasst; und (ii) alle Kanäle für den Vertrieb der Schuldverschreibungen an professionelle Investoren und geeignete Gegenparteien angemessen sind. Jede Person, die in der Folge die Schuldverschreibungen anbietet, verkauft oder empfiehlt (ein "**Vertriebsunternehmen**") soll die Beurteilung des Zielmarkts der Konzepture berücksichtigen; ein Vertriebsunternehmen, welches MiFID II unterliegt, ist indes dafür verantwortlich, seine eigene Zielmarktbestimmung im Hinblick auf die Schuldverschreibungen durchzuführen und angemessene Vertriebskanäle zu bestimmen.

In case of Notes listed on the Luxembourg Stock Exchange or publicly offered in the Grand Duchy of Luxembourg, the Final Terms will be displayed on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu) and on the website of BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com). In case of Notes listed on any other stock exchange or publicly offered in one or more member states of the European Economic Area or the United Kingdom other than the Grand Duchy of Luxembourg, the Final Terms will be displayed on the website of BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com) and available free of charge during normal business hours at the registered office of the Issuer.

**BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische
Postsparkasse Aktiengesellschaft**

**16 January 2023
16. Januar 2023**

**Final Terms
Endgültige Bedingungen**

**EUR 500,000,000 4.125 per cent. Senior Preferred Notes due January 2027
EUR 500.000.000 4,125 % Nicht-Nachrangige Präferierte Schuldverschreibungen fällig im Januar 2027**

issued pursuant to the
begeben aufgrund des

Debt Issuance Programme

of
der

BAWAG Group AG and BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft

*BAWAG Group AG und BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft*

dated 4 April 2022
vom 4. April 2022

Issue Price: **99.902** per cent.

Ausgabepreis: 99,902 %

Issue Date: 18 January 2023
Tag der Begebung: 18. Januar 2023

Series No.: 22, Tranche: 1
Serien Nr.: 22, Tranche: 1

Important Notice

These Final Terms have been prepared for the purpose of Article 8(5) in conjunction with Article 25(4) of the Regulation (EU) 2017/1129 of the European Parliament and of the Council of 14 June 2017 on the prospectus to be published when securities are offered to the public or admitted to trading on a regulated market, as amended, and must be read in conjunction with the Debt Issuance Programme Prospectus pertaining to the Programme dated 4 April 2022 (the "**Base Prospectus**"), the first supplement thereto dated 10 May 2022, the second supplement thereto dated 8 August 2022, the third supplement thereto dated 2 September 2022 and the fourth supplement thereto dated 21 October 2022. The Base Prospectus and any supplement thereto are available for viewing in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu) and the website of BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com). Copies may be obtained from BAWAG Group AG. Full information is only available on the basis of the combination of the Base Prospectus, any supplement and these Final Terms.

Wichtiger Hinweis

*Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 8 Abs. 5 in Verbindung mit Artikel 25 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist, in der jeweils geänderten Fassung, abgefasst und sind in Verbindung mit dem Debt Issuance Programme Prospekt vom 4. April 2022 über das Programm (der "**Basisprospekt**"), dem ersten Nachtrag dazu vom 10. Mai 2022, dem zweiten Nachtrag dazu vom 8. August 2022, dem dritten Nachtrag dazu vom 2. September 2022 und dem vierten Nachtrag dazu vom 21. Oktober 2022 zu lesen. Der Prospekt sowie etwaige Nachträge können in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) und der Internetseite der BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com) eingesehen werden. Kopien sind erhältlich bei BAWAG Group AG. Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen, der Prospekt, etwaige Nachträge dazu zusammengekommen werden.*

Part I: Terms and Conditions
Teil I: Emissionsbedingungen

Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen

§ 1

WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, DEFINITIONEN

(1) *Währung; Stückelung.* Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") wird in EUR (die "**Festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von EUR 500.000.000 (in Worten: fünfhundert Millionen Euro) in einer Stückelung von EUR 100.000 (die "**Festgelegte Stückelung**") begeben.

(2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.

(3) *Vorläufige Globalurkunde – Austausch.*

(a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die "**vorläufige Globalurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft. Die vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, die durch eine Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**", zusammen mit der vorläufigen Globalurkunde, die "**Globalurkunde**", und jeweils eine Globalurkunde) ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. Die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde tragen jeweils die eigenhändigen Unterschriften zweier vertretungsbefugter Personen der Emittentin und sind jeweils von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

(b) Die vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der "**Austauschtag**") gegen eine Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde liegt. Der Austauschtag für einen solchen Austausch soll nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde liegen. Ein solcher Austausch soll nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der durch die vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieft Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist hinsichtlich einer jeden solchen Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese vorläufige Globalurkunde gemäß Abs. (b) dieses § 1 (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 4 (3) definiert) zu liefern.

(4) *Clearing System.* Die Dauerglobalurkunde wird solange von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" bedeutet jeweils folgendes: Clearstream Banking S.A., Luxemburg, ("**CBL**") und Euroclear Bank SA/NV, als Betreiberin des Euroclear Systems ("**Euroclear**") (CBL und Euroclear jeweils ein ICSD und gemeinsam die "**ICSDs**").

Die Schuldverschreibungen werden in Form einer New Global Note ("**NGN**") ausgegeben und von einem Common Safekeeper im Namen beider ICSDs verwahrt. Der Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen.

Bei jeder Rückzahlung oder jedem Kauf durch oder für die Emittentin und jeder Entwertung von Schuldverschreibungen, die durch diese Globalurkunde verbrieft werden, werden die Einzelheiten der Rückzahlung oder des Kaufs und der Entwertung von der oder für die Emittentin in den Registern der ICSDs vermerkt. Der Nennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen, und eine zu diesen Zwecken von einem ICSD jeweils ausgestellte Bestätigung mit dem Nennbetrag der so verbrieften Schuldverschreibungen ist in jedem Zeitpunkt ein schlüssiger Nachweis über den Inhalt des Registers des jeweiligen ICSD. Für das technische Verfahren der ICSDs im Falle der Ausübung einer call option hinsichtlich einer teilweisen Rückzahlung wird der ausstehende Rückzahlungsbetrag entweder als reduzierter Nennbetrag oder als Poolfaktor nach Ermessen der ICSDs in das Register der ICSDs aufgenommen.

(5) *Anleihebedingungen*. "**Anleihebedingungen**" bedeutet diese Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen.

(6) *Gläubiger von Schuldverschreibungen*. "**Gläubiger**" bedeutet jeder Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen treugeberischen oder eigenen Rechts an den Schuldverschreibungen.

§ 2 STATUS

(1) Die Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin. Im Fall einer Auflösung, Liquidation, Insolvenz, eines Vergleichs oder eines anderen Verfahrens zur Vermeidung einer Insolvenz der, oder gegen die, Emittentin, sind die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen

(a) gleichrangig (i) untereinander und (ii) mit allen anderen gegenwärtigen oder zukünftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die den gleichen Rang haben oder den Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen gegenüber als gleichrangig bezeichnet werden, im gleichen Rang;

(b) vorrangig gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen Verbindlichkeiten unter (i) Nicht-Präferierten Nicht-Nachrangigen Instrumenten und anderen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im gleichen Rang wie Nicht-Präferierten Nicht-Nachrangigen Instrumente stehen und (ii) allen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin; und

(c) vollständig nachrangig gegenüber den Vorrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, sodass im Falle irgendeines solchen Ereignisses keine Zahlungen auf die Schuldverschreibungen erfolgen, bis die Vorrangigen Verbindlichkeiten vollständig befriedigt wurden.

"**Vorrangige Verbindlichkeiten**" bezeichnet alle Verbindlichkeiten der Emittentin welche gemäß zwingendem Recht im Rang vor den Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen stehen oder als im Rang vor diesen stehend bezeichnet werden.

"**Nicht-Präferierte Nicht-Nachrangige Instrumente**" bezeichnet alle Verbindlichkeiten der Emittentin, die in die Kategorie von Verbindlichkeiten, die in § 131 (3) Nr. 1 bis Nr. 3 BaSAG, welcher Artikel 108 (2) BRRD umsetzt, beschrieben wird, fallen oder bestimmungsgemäß fallen sollen, und alle anderen Verbindlichkeiten der Emittentin die, soweit nach österreichischem Recht zulässig, im gleichen Rang zu den Nicht-Präferierten Nicht-Nachrangigen Instrumenten stehen oder als im gleichen Rang zu diesen stehend bezeichnet werden.

"**BaSAG**" bezeichnet das österreichische Sanierungs- und Abwicklungsgesetz in der Fassung wie jeweils geändert oder ersetzt; soweit Bestimmungen des BaSAG geändert oder ersetzt werden, bezieht sich der Verweis auf Bestimmungen des BaSAG in diesen Anleihebedingungen auf die jeweils geänderten Bestimmungen bzw. die Nachfolgeregelungen.

"**BRRD**" bezeichnet die Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, wie in der Republik Österreich umgesetzt; soweit Bestimmungen der BRRD geändert oder ersetzt werden, bezieht sich der Verweis auf Bestimmungen der BRRD in diesen Anleihebedingungen auf die jeweils geänderten Bestimmungen bzw. die Nachfolgeregelungen, wie in der Republik Österreich umgesetzt.

(2) Kein Gläubiger ist zu irgendeinem Zeitpunkt berechtigt, mit Ansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Ansprüche der Emittentin aufzurechnen. Den Gläubigern wird für ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen weder durch die Emittentin noch durch Dritte irgendeine Sicherheit oder Garantie gestellt; eine solche Sicherheit oder Garantie wird auch zu keinem späteren Zeitpunkt gestellt werden. Nachträglich kann der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit der Schuldverschreibungen und jede anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden.

Hinweis an die Gläubiger der Schuldverschreibungen: Die zuständige Abwicklungsbehörde kann nach den für die Emittentin geltenden Abwicklungsvorschriften Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen vor einer Insolvenz oder Liquidation der Emittentin herabschreiben (bis einschließlich auf null), in Eigenkapital (zum Beispiel Stammaktien der Emittentin) umwandeln oder sonstige Abwicklungsmaßnahmen treffen, einschließlich (jedoch nicht ausschließlich) einer Übertragung der Verbindlichkeiten auf einen anderen Rechtsträger, einer Änderung der Anleihebedingungen oder einer Löschung der Schuldverschreibungen.

§ 3 ZINSEN

(1) *Zinssatz und Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag verzinst, und zwar vom 18. Januar 2023 (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5 (1) definiert) (ausschließlich) mit jährlich 4,125 Prozent. Die Zinszahlung erfolgt nachträglich am 18. Januar eines jeden Jahres (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am 18. Januar 2024.

(2) *Auflaufende Zinsen.* Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Beginn des Tages, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung (ausschließlich) Zinsen zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen an¹.

(3) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen.* Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

(4) Zinstagequotient. "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

- (i) wenn der Zinsberechnungszeitraum gleich lang oder kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch das Produkt aus (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl von Feststellungsterminen in einem Kalenderjahr; oder
- (ii) wenn der Zinsberechnungszeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, die Summe (A) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr und (B) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr.

"**Feststellungsperiode**" ist die Periode ab einem Feststellungstermin (einschließlich desselben) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich desselben).

"**Feststellungstermin**" bezeichnet den 18. Januar in jedem Jahr.

§ 4 ZAHLUNGEN

(1) (a) *Zahlungen von Kapital.* Zahlungen von Kapital auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe des § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und (außer im Fall von Teilzahlungen) Einreichung der die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Zahlung verbriefenden Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle außerhalb der Vereinigten Staaten.

(b) *Zahlung von Zinsen.* Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems.

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1 (3)(b).

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt nach deutschem Recht für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutsche Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs 1, 247 Abs 1 BGB. Nach österreichischem Recht beträgt der allgemeine gesetzliche Verzugszinssatz für das Jahr 4 Prozentpunkte (§ 1333 iVm § 1000 ABGB), für Geldforderungen zwischen Unternehmern aus unternehmensbezogenen Geschäften für das Jahr 9,2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB) im Fall eines schuldhaften Verzugs, sonst ebenfalls 4 Prozentpunkte.

(2) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der Festgelegten Währung ist.

(3) *Vereinigte Staaten.* Für die Zwecke des § 1 (3) und des § 4 (1) bezeichnet "**Vereinigte Staaten**" die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und der Northern Mariana Islands).

(4) *Erfüllung.* Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(5) *Zahltag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag und ist nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Zahltag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing System und TARGET2 (Trans-European Automated Realtime Cross Settlement Express Transfer System) zur Abwicklung von Zahlungen in Euro betriebsbereit ist.

(6) *Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.* Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge. Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf Zinsen auf Schuldverschreibungen sollen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß § 7 zahlbaren zusätzlichen Beträge einschließen.

(7) *Hinterlegung von Kapital und Zinsen.* Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Zins- oder Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die jeweiligen Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

§ 5 RÜCKZAHLUNG

(1) *Rückzahlung bei Endfälligkeit.* Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag am 18. Januar 2027 (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt. Der "**Rückzahlungsbetrag**" in Bezug auf jede Schuldverschreibung entspricht dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen.

(2) *Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.* Die Schuldverschreibungen können bei Erfüllung der Rückzahlungsbedingung gemäß § 5 (5), insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen gegenüber der Emissionsstelle und gemäß § 12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden, falls die Emittentin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Republik Österreich oder deren politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in § 3 (1) definiert) zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen (wie in § 7 dieser Bedingungen definiert) verpflichtet sein wird und diese Verpflichtung nicht durch das Ergreifen vernünftiger der Emittentin zur Verfügung stehender Maßnahmen vermieden werden kann.

Eine solche Kündigung darf allerdings nicht (i) früher als 90 Tage vor dem frühestmöglichen Termin erfolgen, an dem die Emittentin verpflichtet wäre, solche zusätzlichen Beträge zu zahlen, falls eine Zahlung auf die Schuldverschreibungen dann fällig sein würde, oder (ii) erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erfolgt, die Verpflichtung zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen nicht mehr wirksam ist.

Eine solche Kündigung hat gemäß § 12 zu erfolgen. Sie ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt.

(3) *Vorzeitige Rückzahlung wegen eines MREL Disqualification Events.*

Falls ein MREL Disqualification Event eingetreten ist und fort dauert und die Rückzahlungsbedingung (wie unter § 5 (5) definiert) erfüllt ist, können die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen gegenüber der Emissionsstelle und gemäß § 12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden. Eine derartige Kündigung muss innerhalb von 90 Tagen nach Eintritt des MREL Disqualification Event ausgesprochen werden. Die Kündigung ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt.

"**Anwendbare MREL-Regeln**" meint die Gesetze, Vorschriften, Anforderungen, Leitlinien und Richtlinien im Zusammenhang mit den Mindestanforderungen für Eigenmittel und Berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (*minimum requirements for own funds and eligible liabilities*, MREL), wie jeweils anwendbar.

"**BAWAG MREL-Gruppe**" meint jederzeit jede Bankengruppe: (i) zu der die Emittentin gehört; und (ii) für welche die Anforderungen an berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten nach den Anwendbaren MREL-Regeln auf konsolidierter Basis aufgrund von aufsichtlicher Konsolidierung anwendbar sind.

"**Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente**" meint jegliche (direkt oder indirekt begebene) Schuldtitel der Emittentin, die für die Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (*minimum requirements for own funds and eligible liabilities*, MREL) nach den Anwendbaren MREL-Regeln qualifizieren.

"**MREL**" meint die Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (*minimum requirements for own funds and eligible liabilities*) nach den Anwendbaren MREL-Regeln.

"**MREL Disqualification Event**" meint zu jedem Zeitpunkt die Feststellung durch die Emittentin, dass die Schuldverschreibungen, ganz oder teilweise (i) nicht als Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente anerkannt werden, oder (ii) sich ihre aufsichtsrechtliche Einstufung so ändert, dass die Schuldverschreibungen wahrscheinlich von den Berücksichtigungsfähigen MREL-Instrumenten ausgeschlossen wären oder sind, wobei jeweils kein MREL Disqualification Event eintreten soll auf der Basis, (i) dass die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen weniger beträgt als ein etwaiger Zeitraum gemäß den Anwendbaren MREL-Regeln, und/oder (ii) etwaiger anwendbarer Beschränkungen des zulässigen oder genehmigten Betrages für Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente zur Erfüllung von MREL gemäß den Anwendbaren MREL-Regeln.

(4) *Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag.* Der "**vorzeitige Rückzahlungsbetrag**" einer Schuldverschreibung entspricht dem Rückzahlungsbetrag.

(5) Jede Rückzahlung und jeder Rückkauf gemäß § 11 (2) der Schuldverschreibungen und jede Mitteilung diesbezüglich nach § 12 unterliegt der Bedingung (die "**Rückzahlungsbedingung**"), dass die Emittentin von der Abwicklungsbehörde die vorherige Erlaubnis zu vorzeitigem Rückzahlung nach diesem § 5 oder für einen Rückkauf gemäß § 11 (2) nach Maßgabe der Anwendbaren MREL-Regeln erlangt hat, soweit im betreffenden Zeitpunkt auf die Emittentin anwendbar; eine solche Erlaubnis setzt unter anderem voraus, dass

- (a) die Emittentin die Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente oder Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten gleicher oder höherer Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der BAWAG MREL-Gruppe und/oder (gegebenenfalls) der Emittentin nachhaltig sind; oder
- (b) die Emittentin der Abwicklungsbehörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der BAWAG MREL-Gruppe und/oder (gegebenenfalls) der Emittentin nach einer solchen vorzeitigen Rückzahlung oder einem Rückkauf die Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten um eine Spanne übersteigen, welche die Abwicklungsbehörde im Einvernehmen mit der Zuständigen Behörde im betreffenden Zeitpunkt für erforderlich hält; oder
- (c) die Emittentin der Abwicklungsbehörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die teilweise oder vollständige Ersetzung der berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten durch Eigenmittelinstrumente erforderlich ist, um die Einhaltung der Eigenmittelanforderungen gemäß der CRR und der CRD zum Zwecke einer dauerhaften Zulassung zu gewährleisten.

"**Abwicklungsbehörde**" bezeichnet die zuständige Behörde gemäß § 2 Nr. 18 iVm. § 3 (1) BaSAG, die für eine Abwicklung BAWAG MREL-Gruppe und/oder (gegebenenfalls) der Emittentin verantwortlich ist.

"**CRD**" bezeichnet die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur

Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, in der Fassung wie jeweils geändert oder ersetzt, insbesondere durch die Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen, wie in der Republik Österreich umgesetzt; soweit Bestimmungen der CRD geändert oder ersetzt werden, bezieht sich der Verweis auf Bestimmungen der CRD in diesen Anleihebedingungen auf die jeweils geänderten Bestimmungen bzw. die Nachfolgeregelungen, wie in der Republik Österreich umgesetzt.

"**CRR**" bezeichnet die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, in der Fassung wie jeweils geändert oder ersetzt, soweit Bestimmungen der CRR geändert oder ersetzt werden, bezieht sich der Verweis auf Bestimmungen der CRR in diesen Anleihebedingungen auf die jeweils geänderten Bestimmungen bzw. die Nachfolgeregelungen.

"**Zuständige Behörde**" meint die zuständige Aufsichtsbehörde gemäß Artikel 4 (1) Nr. 40 CRR, die jeweils für die Beaufsichtigung der BAWAG MREL-Gruppe und (gegebenenfalls) der Emittentin zuständig ist.

Unabhängig von den vorstehenden Bedingungen, wenn die Anwendbaren MREL-Regeln im Zeitpunkt einer vorzeitigen Rückzahlung oder eines Rückkaufs die vorzeitige Rückzahlung oder den Rückkauf nur unter Beachtung einer oder mehrerer alternativer oder zusätzlicher Bedingungen zu den in diesem § 5 (5) niedergelegten Bedingungen erlauben, hat die Emittentin diese anderen Bedingungen und/oder zusätzlichen Bedingungen einzuhalten.

Darüber hinaus wird die Emittentin die Schuldverschreibungen, selbst wenn eine Mitteilung über eine vorzeitige Rückzahlung gemäß § 5 (2) oder § 5 (3) abgegeben wurde, nur dann vorzeitig am in der Mitteilung genannten Tag zurückzahlen, wenn die dann anwendbaren Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach diesem § 5 (5) am in dieser Mitteilung genannten Rückzahlungstag erfüllt sind.

Zur Klarstellung: Eine etwaige Verweigerung der Erlaubnis durch die Abwicklungsbehörde nach Maßgabe der Anwendbaren MREL-Regeln stellt keine Pflichtverletzung zu irgendeinem Zweck dar.

§ 6

DIE EMISSIONSSTELLE UND DIE ZAHLSTELLE

(1) *Bestellung*; bezeichnete Geschäftsstelle. Die anfänglich bestellte Emissionsstelle und die anfänglich bestellte Zahlstelle und deren jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle lauten wie folgt:

Emissionsstelle: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Irland

Zahlstelle: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Irland

Die Emissionsstelle und die Zahlstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle durch eine andere bezeichnete Geschäftsstelle zu ersetzen.

(2) *Änderung der Bestellung oder Abberufung*. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Emissionsstelle oder einer Zahlstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere Emissionsstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (i) eine Emissionsstelle unterhalten und (ii) solange die Schuldverschreibungen an der Luxembourg Stock Exchange notiert sind, eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann), wobei es sich um eine Bank mit dem Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum ("**EWV**") zu handeln hat, mit bezeichneter Geschäftsstelle in Luxemburg und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß § 12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.

(3) *Beauftragte der Emittentin*. Die Emissionsstelle und die Zahlstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

§ 7 STEUERN

(1) Alle auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Kapital- oder Zinsbeträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in der Republik Österreich oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer politischen Untergliederung oder Steuerbehörde der oder in der Republik Österreich auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, dieser Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die "**zusätzlichen Beträge**") zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen von Kapital und Zinsen entsprechen, die ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt von den Gläubigern empfangen worden wären, wobei zusätzliche Beträge Zinsen, nicht aber Kapital umfassen; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlichen Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:

- (a) von einer als Depotbank oder Inkassobeauftragter des Gläubigers handelnden Person oder sonst auf andere Weise zu entrichten sind als dadurch, dass die Emittentin aus den von ihr zu leistenden Zahlungen von Kapital oder Zinsen einen Einbehalt oder Abzug vornimmt; oder
- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zu der Republik Österreich zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in der Republik Österreich stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund (i) Verordnungen oder Richtlinien der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, oder (ii) internationaler Verträge oder Übereinkommen der Europäischen Union oder der Republik Österreich bezüglich der Besteuerung von Zinserträgen, oder (iii) den gesetzlichen Vorschriften, die derartige Richtlinien, Verordnungen oder Übereinkommen umsetzen, zurückbehalten oder abgezogen werden; oder
- (d) von einer auszahlenden Stelle einbehalten oder abgezogen werden, wenn die Zahlung von einer anderen auszahlenden Stelle ohne den Einbehalt oder Abzug hätte vorgenommen werden können; oder
- (e) wegen einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung oder wenn dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß § 12 wirksam wird.

(2) Unbeschadet sonstiger Bestimmungen dieser Anleihebedingungen, ist die Emittentin zum Einbehalt oder Abzug der Beträge berechtigt, die gemäß §§ 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code (einschließlich dessen Änderungen oder Nachfolgevorschriften), gemäß zwischenstaatlicher Abkommen, gemäß den in einer anderen Rechtsordnung in Zusammenhang mit diesen Bestimmungen erlassenen Durchführungsvorschriften oder gemäß mit dem Internal Revenue Service geschlossenen Verträgen ("**FATCA Quellensteuer**") erforderlich sind. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zusätzliche Beträge zu zahlen oder Gläubiger in Bezug auf FATCA Quellensteuer schadlos zu halten, die von der Emittentin, einer Zahlstelle oder von einem anderen Beteiligten als Folge davon, dass eine andere Person als die Emittentin oder deren Zahlstelle nicht zum Empfang von Zahlungen ohne FATCA Quellensteuer berechtigt ist, abgezogen oder einbehalten wurden.

§ 8 VORLEGUNGSFRIST

Die in § 801 (1) Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre verkürzt.

§ 9 KÜNDIGUNG

Die Gläubiger haben kein Recht, die Schuldverschreibungen während ihrer Laufzeit zu kündigen.

§ 10 ERSETZUNG

(1) *Ersetzung*. Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger ein mit ihr verbundenes Unternehmen (wie unten definiert) als Hauptschuldnerin für alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen (die "**Nachfolgeschuldnerin**") einzusetzen, sofern:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin in der Lage ist, sämtliche sich aus oder in dem Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenden Zahlungsverpflichtungen ohne die Notwendigkeit eines Einbehalts von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle zu erfüllen sowie die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen an die Emissionsstelle übertragen können;
- (b) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen übernimmt, vorbehaltlich der in § 10 (3) genannten Änderungen;
- (c) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet, jedem Gläubiger alle Steuern, Gebühren oder Abgaben zu erstatten, die ihm in Folge der Ersetzung durch die Nachfolgeschuldnerin auferlegt werden;
- (d) die Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge zu Bedingungen garantiert, die den Bedingungen einer nicht nachrangigen Garantie der Emittentin entsprechen;
- (e) der Emissionsstelle jeweils eine Bestätigung bezüglich der betroffenen Rechtsordnungen von anerkannten Rechtsanwälten vorgelegt wird, dass die Bestimmungen in den vorstehenden Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) erfüllt wurden; und
- (f) die Zuständige Behörde hat ihre Zustimmung zur Ersetzung erteilt, sofern erforderlich.

Für die Zwecke dieses § 10 bedeutet "**verbundenes Unternehmen**" ein Konzernunternehmen im Sinne von § 15 österreichisches Aktiengesetz.

(2) *Bekanntmachung*. Jede Ersetzung ist gemäß § 12 bekannt zu machen.

(3) *Änderung von Bezugnahmen*. Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat. Des Weiteren gilt im Fall einer Ersetzung folgendes:

- (a) sofern nicht der Ersatzschuldner auch seinen Wohnsitz und seinen steuerlichen Aufenthalt in der Republik Österreich hat, in § 7 und § 5 (2) gilt eine alternative Bezugnahme auf die Republik Österreich als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat);
- (b) in § 10 (1) (c) bis (e) gilt eine alternative Bezugnahme auf die Emittentin in ihrer Eigenschaft als Garantin als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin).

Im Fall einer Ersetzung folgt die Nachfolgeschuldnerin der Emittentin als Rechtsnachfolgerin nach, ersetzt diese und darf alle Rechte und Befugnisse der Emittentin aus den Schuldverschreibungen mit der gleichen Wirkung geltend machen, als wenn die Nachfolgeschuldnerin in diesen Anleihebedingungen als Emittentin genannt worden wäre, und die Emittentin (bzw. die Gesellschaft, die zuvor die Verpflichtungen der Emittentin übernommen hat) wird von ihren Verpflichtungen als Schuldnerin aus den Schuldverschreibungen befreit.

Darüber hinaus können sowohl die Emittentin als auch die Ersetzungsschuldnerin den Common Safekeeper im Namen beider ICSDs ersuchen, die Bedingungen zu ergänzen, um einer solchen Änderung Rechnung zu tragen, indem die Mitteilung über eine solche Ersetzung in geeigneter Weise der Globalurkunde beigefügt wird.

§ 11 BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, RÜCKKAUF UND ENTWERTUNG

(1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen*. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des

Verzinsungsbeginns und/oder des Emissionspreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) *Rückkauf*. Die Emittentin ist jederzeit nach Maßgabe und vorbehaltlich der Anwendbaren MREL-Regeln (wie unter § 5 (3) definiert), und vorbehaltlich der Bedingungen in § 5 (5), insbesondere eines Erlaubnisvorbehalts der Abwicklungsbehörde berechtigt, (i) Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und (ii) diese Schuldverschreibungen zu halten, weiterzuverkaufen oder bei der Emissionsstelle zwecks Entwertung einzureichen. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.

(3) *Entwertung*. Sämtliche vollständig zurückgezahlten Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12 MITTEILUNGEN

(1) *Bekanntmachung*. Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind auf der Internetseite der Emittentin unter dem Link www.bawagpsk.com und auf der Internetseite der Luxemburger Börse, www.bourse.lu zu veröffentlichen. Falls eine Veröffentlichung auf der Internetseite nicht möglich ist, werden die Mitteilungen in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in Luxemburg veröffentlicht.

Die Emittentin wird auch sicherstellen, dass Mitteilungen ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer jeden Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, erfolgen. Jede derartige Mitteilung gilt am Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

(2) *Mitteilungen an das Clearing System*. Die Emittentin ist berechtigt, anstelle der Veröffentlichung nach Abs.1, eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Gläubiger zu übermitteln, vorausgesetzt, die Regeln der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, lassen diese Form der Mitteilung zu. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearing System als den Gläubigern mitgeteilt.

§ 13 ÄNDERUNG DER ANLEIHEBEDINGUNGEN, GEMEINSAMER VERTRETER

(1) *Änderung der Anleihebedingungen*. Die Gläubiger können entsprechend den Bestimmungen des Deutschen Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen, in der geänderten Fassung (*Schuldverschreibungsgesetz – "SchVG"*) durch einen Beschluss mit der in Absatz 2 bestimmten Mehrheit über einen im SchVG zugelassenen Gegenstand eine Änderung der Anleihebedingungen mit der Emittentin vereinbaren. Die Mehrheitsbeschlüsse der Gläubiger sind für alle Gläubiger gleichermaßen verbindlich. Ein Mehrheitsbeschluss der Gläubiger, der nicht gleiche Bedingungen für alle Gläubiger vorsieht, ist unwirksam, es sei denn die benachteiligten Gläubiger stimmen ihrer Benachteiligung ausdrücklich zu.

(2) *Mehrheitserfordernisse*. Die Gläubiger entscheiden mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der Anleihebedingungen nicht geändert wird und die keinen Gegenstand der § 5 (3), Nr. 1 bis Nr. 8 des SchVG betreffen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.

(3) *Beschlüsse der Gläubiger*. Beschlüsse der Gläubiger werden nach Wahl der Emittentin im Wege der Abstimmung ohne Versammlung nach § 18 SchVG und §§ 5 ff. SchVG oder einer Gläubigerversammlung nach §§ 5 ff. SchVG gefasst.

(4) *Leitung der Abstimmung*. Die Abstimmung wird von einem von der Emittentin beauftragten Notar oder, falls der gemeinsame Vertreter zur Abstimmung aufgefordert hat, vom gemeinsamen Vertreter geleitet.

(5) *Stimmrecht*. An Abstimmungen der Gläubiger nimmt jeder Gläubiger nach Maßgabe des Nennwerts oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil.

(6) *Gemeinsamer Vertreter*. Die Gläubiger können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter für alle Gläubiger bestellen.

Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Gläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Gläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung

von Rechten der Gläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Gläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den Gläubigern zu berichten. Für die Abberufung und die sonstigen Rechte und Pflichten des gemeinsamen Vertreters gelten die Vorschriften des SchVG.

§ 14

ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

(1) *Anwendbares Recht.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht mit Ausnahme der den Nachrang regelnden Bedingungen, welche österreichischem Recht unterliegen.

(2) *Gerichtsstand.* Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren ("**Rechtsstreitigkeiten**") ist das Landgericht in Frankfurt am Main.

(3) *Gerichtliche Geltendmachung.* Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (i) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche (a) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält, (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und (c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Clearing System eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält; und (ii) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre. Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet "**Depotbank**" jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die im Land, in dem der Prozess stattfindet, prozessual zulässig ist.

(4) *Ausschluss der Anwendbarkeit des Kuratorengesetzes.* Die Anwendbarkeit der Bestimmungen des österreichischen Kuratorengesetzes und des Kuratorenergänzungsgesetzes ist bezüglich der Schuldverschreibungen ausgeschlossen.

§ 15

SPRACHE

Diese Anleihebedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

* * *

Terms and Conditions of the Notes

§ 1

CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

(1) *Currency; Denomination.* This Series of Notes (the "**Notes**") of BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (the "**Issuer**") is being issued in EUR (the "**Specified Currency**") in the aggregate principal amount of EUR 500,000,000 (in words: five hundred million euro) in the denomination of EUR 100,000 (the "**Specified Denomination**").

(2) *Form.* The Notes are being issued in bearer form.

(3) *Temporary Global Note – Exchange.*

(a) The Notes are initially represented by a temporary global note (the "**Temporary Global Note**") without coupons. The Temporary Global Note will be exchangeable for Notes in the Specified Denomination represented by a permanent global note (the "**Permanent Global Note**", together with the Temporary Global Note, the "**Global Note**", and each a Global Note) without coupons. The Temporary Global Note and the Permanent Global Note shall each be signed manually by two authorised signatories of the Issuer and shall each be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent. Definitive notes and interest coupons will not be issued.

(b) The Temporary Global Note shall be exchanged for the Permanent Global Note on a date (the "**Exchange Date**") not later than 180 days after the date of issue of the Temporary Global Note. The Exchange Date for such exchange will not be earlier than 40 days after the date of issue of the Temporary Global Note. Such exchange shall only be made upon delivery of certifications to the effect that the beneficial owner or owners of the Notes represented by the Temporary Global Note is not a U.S. person (other than certain financial institutions or certain persons holding Notes through such financial institutions). Payment of interest on Notes represented by a Temporary Global Note will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Temporary Global Note will be treated as a request to exchange such Temporary Global Note pursuant to subparagraph (b) of this § 1 (3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Note shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 4 (3)).

(4) *Clearing System.* The Permanent Global Note will be kept in custody by or on behalf of the Clearing System until all obligations of the Issuer under the Notes have been satisfied. "**Clearing System**" means each of the following: Clearstream Banking S.A., Luxembourg, ("**CBL**") and Euroclear Bank SA/NV, as operator of the Euroclear System ("**Euroclear**") (CBL and Euroclear each an ICSD and together the "**ICSDs**").

The Notes are issued in new global note ("**NGN**") form and are kept in custody by a common safekeeper on behalf of both ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both ICSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflect the amount of such customer's interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount Notes represented by the Global Note.

On any redemption in respect of, or purchase by or on behalf of the Issuer and cancellation of, any of the Notes represented by this Global Note details of such redemption or purchase and cancellation (as the case may be) shall be entered by or on behalf of the Issuer in the records of the ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both ICSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflect the amount of such customer's interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount of Notes represented by the Global Note and, for these purposes, a statement issued by ICSD stating the principal amount of Notes so represented at any time shall be conclusive evidence of the records of the relevant ICSD at that time. For technical procedure of the ICSDs, in the case of the exercise of a call option relating to a partial redemption the outstanding redemption amount will be reflected in the records of the ICSDs as either a nominal reduction or as a pool factor, at the discretion of the ICSDs.

(5) *Conditions.* "**Terms and Conditions**" means these Terms and Conditions of the Notes.

(6) *Noteholder.* "**Noteholder**" means any holder of a proportionate co-ownership or other beneficial interest in the Notes.

§ 2 STATUS

(1) The obligations under the Notes constitute unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer. In the event of the dissolution, liquidation, insolvency, composition or other proceedings for the avoidance of insolvency of, or against, the Issuer, the obligations of the Issuer under the Notes rank

- (a) *pari passu* (i) among themselves and (ii) *pari passu* with all other present and future unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer which rank or are expressed to rank *pari passu* with the Issuer's obligations under the Notes;
- (b) senior to all present or future obligations under (i) Non-Preferred Senior Instruments and any obligations of the Issuer that rank *pari passu* with Non-Preferred Senior Instruments and (ii) all subordinated obligations of the Issuer; and
- (c) fully subordinated to the Issuer's Senior Ranking Obligations, so that in any such event no amounts will be payable in respect of the Notes until the Issuer's Senior Ranking Obligations have been satisfied in full.

"**Senior Ranking Obligations**" means all obligations of the Issuer which pursuant to mandatory provisions of law, rank or are expressed to rank senior to the obligations of the Issuer under the Notes.

"**Non-Preferred Senior Instruments**" means any obligations of the Issuer which fall or are expressed to fall within the category of obligations described in § 131 (3) no. 1 to no. 3 BaSAG implementing Article 108 (2) BRRD and any other obligations of the Issuer which, to the extent permitted by Austrian law, rank or are expressed to rank *pari passu* with the Non-Preferred Senior Instruments of the Issuer.

"**BaSAG**" means the Austrian Recovery and Resolution Act (*Sanierungs- und Abwicklungsgesetz*), as amended or replaced from time to time; to the extent that any provisions of the BaSAG are amended or replaced, the reference to provisions of the BaSAG as used in these Terms and Conditions shall refer to such amended provisions or successor provisions from time to time.

"**BRRD**" means the Directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (Bank Recovery and Resolution Directive), as implemented in the Republic of Austria; to the extent that any provisions of the BRRD are amended or replaced, the reference to provisions of the BRRD as used in these Terms and Conditions shall refer to such amended provisions or successor provisions from time to time, as implemented in the Republic of Austria.

(2) No Noteholder has at any time a right to set-off his claims under the Notes against any claim the Issuer has or may have against such Noteholder. Neither the Issuer nor any third party may secure the rights under the Notes by providing any form of guarantee or security in favour of the Noteholders. No such guarantee or security may be provided at any later time. No subsequent agreement may limit the subordination pursuant to the provisions set out in this § 2 or amend the Maturity Date in respect of the Notes to any earlier date or shorten any applicable notice period (*Kündigungsfrist*).

Note to the Noteholders: Prior to any insolvency or liquidation of the Issuer, under bank resolution laws applicable to the Issuer from time to time, the competent resolution authority may write down (including to zero) the obligations of the Issuer under the Notes, convert them into equity (e.g. ordinary shares of the Issuer) or apply any other resolution measure, including (but not limited to) any transfer of the obligations to another entity, an amendment of the Terms and Conditions or a cancellation of the Notes.

§ 3 INTEREST

(1) *Rate of Interest and Interest Payment Dates.* The Notes shall bear interest on their principal amount at the rate of 4.125 per cent. *per annum* from (and including) 18 January 2023 to (but excluding) the Maturity Date (as defined in § 5 (1)). The payment of interest shall be made in arrear on 18 January in each year (each an "**Interest Payment Date**"). The first payment of interest shall be made on 18 January 2024.

(2) *Accrual of Interest.* The Notes shall cease to bear interest as from the beginning of the day on which they are due for redemption. If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue on the outstanding

principal amount of the Notes from (and including) the due date to (but excluding) the date of actual redemption of the Notes at the default rate of interest established by law.¹

(3) *Calculation of Interest for Partial Periods.* If interest is required to be calculated for a period of less than a full year, such interest shall be calculated on the basis of the Day Count Fraction (as defined below).

(4) *Day Count Fraction.* "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest on any Note for any period of time (the "**Calculation Period**"):

- (i) if the Calculation Period is equal to or shorter than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the number of days in such Calculation Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year; or
- (ii) if the Calculation Period is longer than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the sum of: (A) the number of days in such Calculation Period falling in the Determination Period in which the Calculation Period begins divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year and (B) the number of days in such Calculation Period falling in the next Determination Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year.

"**Determination Period**" means the period from (and including) a Determination Date to, (but excluding) the next Determination Date.

"**Determination Date**" means 18 January in each year.

§ 4 PAYMENTS

(1) (a) *Payment of Principal.* Payment of principal in respect of Notes shall be made, subject to § 4 (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and (except in the case of partial payment) surrender of the Global Note representing the Notes at the time of payment at the specified office of the Fiscal Agent outside the United States.

(b) *Payment of Interest.* Payment of interest on Notes shall be made, subject to § 4 (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System.

Payment of interest on Notes represented by the Temporary Global Note shall be made, subject to § 4 (2), to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in § 1 (3)(b).

(2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Notes shall be made in the freely negotiable and convertible currency which on the respective due date is the currency of the country of the Specified Currency.

(3) *United States.* For purposes of § 1 (3) and § 4 (1), "**United States**" means the United States of America (including the States thereof and the Districts of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and the Northern Mariana Islands).

(4) *Discharge.* The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System.

(5) *Payment Business Day.* If the date for payment of any amount in respect of any Notes is not a Payment Business Day, then the Noteholders shall not be entitled to payment until the next such day in the relevant place and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

¹ Under German law, the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by *Deutsche Bundesbank* from time to time, §§ 288 (1), 247 (1) German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch* – "**BGB**"). Under Austrian law, the default rate of interest is four percentage points *per annum* (§§ 1333, 1000 Austrian Civil Code – *Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch* – "**ABGB**"). Regarding monetary claims between entrepreneurs relating to entrepreneurial dealings, the default interest rate in case of a culpable default is 9.2 percentage points *per annum* above the basic rate of interest (§ 456 Austrian Commercial Code (*Unternehmensgesetzbuch* – "**UGB**")), otherwise also the default interest rate of four percentage points *per annum* applies.

"Payment Business Day" means any day which is a day (other than a Saturday or a Sunday) on which the Clearing System as well as TARGET2 (Trans-European Automated Realtime Gross Settlement Express Transfer System) is open for the settlement of payments in Euro.

(6) *References to Principal and Interest.* Reference in these Terms and Conditions to principal in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable: the Final Redemption Amount of the Notes; the Early Redemption Amount of the Notes; and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Notes. Reference in these Terms and Conditions to interest in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable, any Additional Amounts which may be payable under § 7.

(7) *Deposit of Principal and Interest.* The Issuer may deposit with the Amtsgericht in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Noteholders within twelve months after the Maturity Date, even though such Noteholders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Noteholders against the Issuer shall cease.

§ 5 REDEMPTION

(1) *Redemption at Maturity.* Unless previously redeemed in whole or in part or purchased and cancelled, the Notes shall be redeemed at their Final Redemption Amount on 18 January 2027 (the **"Maturity Date"**). The **"Final Redemption Amount"** in respect of each Note shall be its principal amount.

(2) *Early Redemption for Reasons of Taxation.* If as a result of any change in, or amendment to, the laws or regulations of the Republic of Austria or any political subdivision or taxing authority thereto or therein affecting taxation or the obligation to pay duties of any kind, or any change in, or amendment to, an official interpretation or application of such laws or regulations, which amendment or change is effective on or after the date on which the last Tranche of this series of Notes was issued, the Issuer is required to pay Additional Amounts (as defined in § 7 herein) on the next succeeding Interest Payment Date (as defined in § 3 (1)), and this obligation cannot be avoided by the use of reasonable measures available to the Issuer, the Notes may, upon fulfilment of the Redemption Condition pursuant to § 5 (5), be redeemed, in whole but not in part, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with § 12 to the Noteholders, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest (if any) accrued to the date fixed for redemption.

However, no such notice of redemption may be given (i) earlier than 90 days prior to the earliest date on which the Issuer would be obligated to pay such Additional Amounts were a payment in respect of the Notes then due, or (ii) if at the time such notice is given, such obligation to pay such Additional Amounts or make such deduction or withholding does not remain in effect.

Any such notice shall be given in accordance with § 12. It shall be irrevocable, must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

(3) *Early Redemption due to a MREL Disqualification Event.*

If an MREL Disqualification Event has occurred and is continuing and the Redemption Condition (as defined in § 5 (5)) is met, then the Issuer may, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with § 12 to the Noteholders, redeem the Notes, in whole but not in part, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest (if any) accrued to the date fixed for redemption. Such notice may not be given, however, later than 90 days following such MREL Disqualification Event. Any such notice shall be irrevocable and must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

"Applicable MREL Regulation" means the laws, regulations, requirements, guidelines and policies relating to the minimum requirements for own funds and eligible liabilities, as applicable from time to time.

"BAWAG MREL Group" means, from time to time, any banking group: (i) to which the Issuer belongs; and (ii) to which the eligible liabilities requirements under the Applicable MREL Regulations apply on a consolidated basis due to prudential consolidation.

"Eligible MREL Instrument" means any (directly issued) debt instrument of the Issuer that qualifies for the minimum requirements for own funds and eligible liabilities (MREL) pursuant to the Applicable MREL Regulation.

"**MREL**" means the minimum requirements for own funds and eligible liabilities from time to time pursuant to the Applicable MREL Regulation.

"**MREL Disqualification Event**" means the determination by the Issuer, at any time, that the Notes, in full or in part, (i) do not constitute Eligible MREL Instruments, or (ii) there is a change in the regulatory classification of the Notes that would likely result or has resulted in the exclusion of the Notes from the Eligible MREL Instruments, provided that in each case an MREL Disqualification Event shall not occur on the basis (i) that the remaining maturity of the Notes is less than any period prescribed by any Applicable MREL Regulation, and/or (ii) of any applicable limits on the amount of Eligible MREL Instruments permitted or allowed to meet MREL under the Applicable MREL Regulation.

(4) *Early Redemption Amount.* The "**Early Redemption Amount**" of a Note shall be its Final Redemption Amount.

(5) Validity of any redemption of the Notes and any notice given pursuant to § 12 in regard of such redemption and any repurchase pursuant to § 11 (2) shall be subject to the condition (the "**Redemption Condition**") that the Issuer having obtained the prior permission of the Resolution Authority for the redemption pursuant to this § 5 or any repurchase pursuant to § 11 (2) in accordance with the Applicable MREL Regulation, if applicable to the Issuer at that point in time; such permission may, *inter alia*, require that:

- (a) the Issuer replaces the Notes with own funds or eligible liabilities instruments of equal or higher quality at terms that are sustainable for the income capacity of BAWAG MREL Group and/or (as the case may be) the Issuer; or
- (b) the Issuer has demonstrated to the satisfaction of the Resolution Authority that the own funds and eligible liabilities of BAWAG MREL Group and/or (as the case may be) the Issuer would, following such redemption or repurchase, exceed the requirements for own funds and eligible liabilities laid down in the Applicable MREL Regulation by a margin that the Resolution Authority, in agreement with the Competent Authority, considers necessary at such time; or
- (c) the Issuer has demonstrated to the satisfaction of the Resolution Authority that the partial or full replacement of the eligible liabilities with own funds instruments is necessary to ensure compliance with the own funds requirements laid down in the CRR and the CRD for continuing authorisation.

"**BAWAG MREL Group**" means, from time to time, any banking group: (i) to which the Issuer belongs; and (ii) to which the eligible liabilities requirements under the Applicable MREL Regulations apply on a consolidated basis due to prudential consolidation.

"**Competent Authority**" means the competent authority pursuant to Article 4(1)(40) CRR which is responsible to supervise BAWAG Regulatory Group and/or (as the case may be) the Issuer.

"**CRD**" means Directive 2013/36/EU of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on access to the activity of credit institutions and the prudential supervision of credit institutions and investment firms, amending Directive 2002/87/EC and repealing Directives 2006/48/EC and 2006/49/EC, as amended or replaced from time to time, in particular by the Directive (EU) 2019/878 of the European Parliament and of the Council of 20 May 2019 amending Directive 2013/36/EU as regards exempted entities, financial holding companies, mixed financial holding companies, remuneration, supervisory measures and powers and capital conservation measures, as implemented in the Republic of Austria; to the extent that any provisions of the CRD are amended or replaced, the reference to provisions of the CRD as used in these Terms and Conditions shall refer to such amended provisions or successor provisions from time to time and as implemented in the Republic of Austria.

"**CRR**" means the Regulation (EU) No 575/2013 of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on prudential requirements for credit institutions and investment firms and amending Regulation (EU) No 648/2012 (*Capital Requirements Regulation*), as amended or replaced from time to time, to the extent that any provisions of the CRR are amended or replaced, the reference to provisions of the CRR as used in these Terms and Conditions shall refer to such amended provisions or successor provisions from time to time.

"**Resolution Authority**" means the competent authority pursuant to § 2 no. 18 BaSAG in connection with § 3 (1) BaSAG which is responsible for a resolution of BAWAG MREL Group and/or (as the case may be) the Issuer.

Notwithstanding the above conditions, if, at the time of any redemption or purchase, the prevailing Applicable MREL Regulations permit the redemption or purchase only after compliance with one or more alternative or additional pre-conditions to those set out above in this § 5 (5), the Issuer shall comply with such other and/or, as appropriate, additional pre-conditions.

In addition, even if a notice of redemption is given pursuant to § 5 (2) or § 5 (3), the Issuer will only redeem the Notes on the date of redemption specified in the notice if the then applicable conditions to redemption laid down in this § 5 (5) are fulfilled on the date of redemption specified in such notice.

For the avoidance of doubt, any refusal of the Resolution Authority to grant permission in accordance with the Applicable MREL Regulations shall not constitute a default for any purpose.

§ 6 FISCAL AGENT AND PAYING AGENT

(1) *Appointment; Specified Offices.* The initial Fiscal Agent and Paying Agent and their respective initial specified offices are:

Fiscal Agent: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Ireland

Paying Agent: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Ireland

The Fiscal Agent and the Paying Agent reserve the right at any time to change their respective specified offices to some other specified offices.

(2) *Variation or Termination of Appointment.* The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent or any Paying Agent and to appoint another Fiscal Agent or additional or other Paying Agents. The Issuer shall at all times maintain (i) a Fiscal Agent and (ii) so long as the Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, a Paying Agent (which may be the Fiscal Agent) which shall be a bank domiciled in the European Economic Area ("**EEA**") with a specified office in Luxembourg and/or in such other place as may be required by the rules of such stock exchange. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in the case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Noteholders in accordance with § 12.

(3) *Agents of the Issuer.* The Fiscal Agent and the Paying Agent act solely as agents of the Issuer and do not have any obligations towards or relationship of agency or trust to any Noteholder.

§ 7 TAXATION

(1) All payments of principal and interest in respect of the Notes shall be made without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes or duties of whatever nature imposed or levied by way of deduction or withholding on behalf of the Republic of Austria or any political subdivision or any authority thereof or therein having power to tax unless such withholding or deduction is required by law. In such event, the Issuer shall pay such additional amounts (the "**Additional Amounts**") as shall be necessary in order that the net amounts received by the Noteholders, after such withholding or deduction shall equal the respective amounts of principal and interest which would otherwise have been receivable in the absence of such withholding or deduction and provided that Additional Amounts shall only encompass amounts in relation to interest, but not in relation to principal; except that no such Additional Amounts shall be payable on account of any taxes or duties which:

- (a) are payable by any person acting as custodian bank or collecting agent on behalf of a Noteholder, or otherwise in any manner which does not constitute a withholding or deduction by the Issuer from payments of principal or interest made by it, or
- (b) are payable by reason of the Noteholder having, or having had, some personal or business connection with the Republic of Austria and not merely by reason of the fact that payments in respect of the Notes are, or for purposes of taxation are deemed to be, derived from sources in, or are secured in the Republic of Austria, or
- (c) are deducted or withheld pursuant to (i) any European Union Directive or Regulation concerning the taxation of interest income, or (ii) any international treaty or understanding relating to such taxation and to which the Republic of Austria or the European Union is a party, or (iii) any provision of law implementing, or complying with, or introduced to conform with, such Directive, Regulation, treaty or understanding, or

(d) are withheld or deducted by a paying office from a payment if the payment could have been made by another paying office without such withholding or deduction, or

(e) are payable by reason of a change in law that becomes effective more than 30 days after the relevant payment becomes due, or is duly provided for and notice thereof is published in accordance with § 12, whichever occurs later.

(2) Notwithstanding any other provision in these Terms and Conditions, the Issuer shall be permitted to withhold or deduct any amounts required by the rules of U.S. Internal Revenue Code Sections 1471 through 1474 (or any amended or successor provisions), pursuant to any inter-governmental agreement, or implementing legislation adopted by another jurisdiction in connection with these provisions, or pursuant to any agreement with the IRS ("**FATCA Withholding**"). The Issuer will have no obligation to pay additional amounts or otherwise indemnify a holder for any FATCA Withholding deducted or withheld by the Issuer, any paying agent or any other party as a result of any person other than Issuer or an agent of the Issuer not being entitled to receive payments free of FATCA Withholding.

§ 8 PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in section 801 subparagraph 1, sentence 1 BGB (German Civil Code) is reduced to ten years for the Notes.

§ 9 EVENTS OF DEFAULT

The Noteholders do not have a right to demand the early redemption of the Notes.

§ 10 SUBSTITUTION

(1) *Substitution.* The Issuer shall be entitled at any time, without the consent of the Noteholders, if no payment of principal or interest on any of the Notes is in default, to substitute for the Issuer any Affiliate (as defined below) as principal debtor in respect to all obligations arising from or in connection with the Notes (the "**Substitute Debtor**"), provided that:

- (a) the Substitute Debtor is in a position to fulfil all payment obligations arising from or in connection with the Notes without the necessity of any taxes or duties being withheld at source and to transfer all amounts which are required therefore to the Fiscal Agent without any restrictions;
- (b) the Substitute Debtor assumes all obligations of the Issuer arising from or in connection with the Notes, subject to the amendments set forth in § 10 (3);
- (c) the Substitute Debtor undertakes to reimburse any Noteholder for such taxes, fees or duties which may be imposed upon it as a consequence of assumption of the obligations of the Issuer by the Substitute Debtor;
- (d) the Issuer irrevocably and unconditionally guarantees in favour of each Noteholder the payment of all sums payable by the Substitute Debtor in respect of the Notes on terms equivalent to the terms of the form of a senior guarantee of the Issuer;
- (e) there shall have been delivered to the Fiscal Agent one opinion for each jurisdiction affected of lawyers of recognized standing to the effect that subparagraphs (a), (b), (c), and (d) above have been satisfied; and
- (f) the substitution has been approved by the Competent Authority, if required.

For the purposes of this § 10, "**Affiliate**" shall mean any affiliated company (*Konzernunternehmen*) within the meaning of section 15 Austrian Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*).

(2) *Notice.* Notice of any such substitution shall be published in accordance with § 12.

(3) *Change of References.* In the event of any such substitution, any reference in these Terms and Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer

is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor. Furthermore, in the event of such substitution the following shall apply:

- (a) unless the Substitute Debtor is also domiciled and resident for tax purposes in the Republic of Austria, in § 7 and § 5 (2) an alternative reference to the Republic of Austria shall be deemed to have been included (in addition to the reference according to the preceding sentence to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor);
- (b) in § 10 (1)(c) to (e) an alternative reference to the Issuer in its capacity as guarantor shall be deemed to have been included in addition to the reference to the Substitute Debtor.

In the event of any such substitution, the Substitute Debtor shall succeed to, and be substituted for, and may exercise every right and power of, the Issuer under the Notes with the same effect as if the Substitute Debtor had been named as the Issuer herein, and the Issuer (or any corporation which shall have previously assumed the obligations of the Issuer) shall be released from its liability as obligor under the Notes.

In addition, each of the Issuer and the Substitute Debtor may request the common safekeeper on behalf of both ICSDs to supplement the Terms and Conditions to reflect such amendment by attaching the notice of such substitution to the Global Note in an appropriate manner.

§ 11 FURTHER ISSUES, REPURCHASES AND CANCELLATION

(1) *Further Issues.* The Issuer may from time to time, without the consent of the Noteholders, issue further Notes having the same terms and conditions as the Notes in all respects (or in all respects except for the issue date, interest commencement date and/or issue price) so as to form a single Series with the Notes.

(2) *Repurchases.* The Issuer may at any time, in accordance with and subject to the Applicable MREL Regulation (as defined in § 5 (3)) and subject to the conditions in § 5 (5), in particular in relation to any prior approval requirement of the Resolution Authority, (i) purchase Notes in the open market or otherwise and at any price and (ii) hold, resell or surrender such purchased Notes to the Fiscal Agent for cancellation. If purchases are made by tender, tenders for such Notes must be made available to all Noteholders of such Notes alike.

(3) *Cancellation.* All Notes redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

§ 12 NOTICES

(1) *Publication.* All notices concerning the Notes shall be published on the website of the Issuer under the link: www.bawagpsk.com and on the website of the Luxembourg Stock Exchange, www.bourse.lu. If publication on this website is not possible, the notices shall be published in a newspaper having general circulation in Luxembourg.

The Issuer shall also ensure that notices are duly published in compliance with the requirements of each stock exchange on which the Notes are listed. Any notice so given will be deemed to have been validly given on the date of such publication (or, if published more than once, on the date of the first such publication).

(2) *Notification to Clearing System.* The Issuer may, in lieu of the publication set forth in subparagraph (1) above, deliver the relevant notice to the Clearing System, for communication by the Clearing System to the Noteholders, provided that the rules of the stock exchange on which the Notes are listed permit such form of notice. Any such notice shall be deemed to have been given to the Noteholders on the seventh day after the day on which the said notice was given to the Clearing System.

§ 13 AMENDMENT OF THE TERMS AND CONDITIONS, NOTEHOLDERS' REPRESENTATIVE

(1) *Amendment of the Terms and Conditions.* In accordance with the German Act on Debt Securities of 2009, as amended (*Schuldverschreibungsgesetz aus Gesamtemissionen* – "**SchVG**") the Noteholders may agree with the Issuer on amendments of the Terms and Conditions with regard to matters permitted by the SchVG by resolution with the majority

specified in subparagraph (2). Majority resolutions shall be binding on all Noteholders. Resolutions which do not provide for identical conditions for all Noteholders are void, unless Noteholders who are disadvantaged have expressly consented to their being treated disadvantageously.

(2) *Majority.* Resolutions shall be passed by a majority of at least 75 per cent. of the votes cast. Resolutions relating to amendments of the Terms and Conditions which are not material and which do not relate to the matters listed in § 5 (3) nos. 1 to 8 of the SchVG require a simple majority of the votes cast.

(3) *Resolution of Noteholders.* Resolutions of Noteholders shall be passed at the election of the Issuer by vote taken without a meeting in accordance with § 18 SchVG and §§ 5 et seqq. SchVG or in a Noteholders' meeting in accordance with §§ 5 et seqq. SchVG.

(4) *Chair of the vote.* The vote will be chaired by a notary appointed by the Issuer or, if the Noteholders' Representative (as defined below) has convened the vote, by the Noteholders' Representative.

(5) *Voting rights.* Each Noteholders participating in any vote shall cast votes in accordance with the nominal amount or the notional share of its entitlement to the outstanding Notes.

(6) *Noteholders' Representative.* The Noteholders may by majority resolution appoint a common representative (the "**Noteholders' Representative**") to exercise the Noteholders' rights on behalf of each Noteholder.

The Noteholders' Representative shall have the duties and powers provided by law or granted by majority resolution of the Noteholders. The Noteholders' Representative shall comply with the instructions of the Noteholders. To the extent that the Noteholders' Representative has been authorised to assert certain rights of the Noteholders, the Noteholders shall not be entitled to assert such rights themselves, unless explicitly provided for in the relevant majority resolution. The Noteholders' Representative shall provide reports to the Noteholders on its activities. The regulations of the SchVG apply with regard to the recall and the other rights and obligations of the Noteholders' Representative.

§ 14

APPLICABLE LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

(1) *Applicable Law.* The Notes, as to form and content, and all rights and obligations of the Noteholders and the Issuer, shall be governed by German law except for conditions relating to the subordination which will be governed by Austrian law.

(2) *Place of Jurisdiction.* The district court (*Landgericht*) in Frankfurt am Main shall have non-exclusive jurisdiction for any action or other legal proceedings ("**Proceedings**") arising out of or in connection with the Notes.

(3) *Enforcement.* Any Noteholder of Notes may in any Proceedings against the Issuer, or to which such Noteholder and the Issuer are parties, protect and enforce in his own name his rights arising under such Notes on the basis of (i) a statement issued by the Custodian with whom such Noteholder maintains a securities account in respect of the Notes (a) stating the full name and address of the Noteholder, (b) specifying the aggregate principal amount of Notes credited to such securities account on the date of such statement and (c) confirming that the Custodian has given written notice to the Clearing System containing the information pursuant to (a) and (b) and (ii) a copy of the Note in global form certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depositary of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the global note representing the Notes. For purposes of the foregoing, "**Custodian**" means any bank or other financial institution of recognized standing authorised to engage in securities custody business with which the Noteholder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System. Each Noteholder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce his rights under the Notes also in any other way which is admitted in Proceedings in the country in which the Proceedings take place.

(4) *Exclusion of the Applicability of the Austrian Notes Trustee Act.* To the extent legally permissible, the applicability of the provisions of the Austrian Notes Trustee Act (*Kuratorenengesetz*) and the Austrian Notes Trustee Supplementation Act (*Kuratorenenergänzungsgesetz*) is explicitly excluded in relation to the Notes.

**§ 15
LANGUAGE**

These Terms and Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

* * *

PART II – ADDITIONAL INFORMATION
Teil II.: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

A. Essential information
Grundlegende Angaben

Interests of natural and legal persons involved in the issue/offer
Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

- So far as the Issuer is aware, no person involved in the offer of the Notes has an interest material to the offer, except that certain Dealers and their affiliates may be customers of, and borrowers from the Issuer and its affiliates. In addition, certain Dealers and their affiliates have engaged, and may in the future engage, in investment banking and/or commercial banking transactions with, and may perform services for the Issuer and its affiliates in the ordinary course of business.

Nach Kenntnis der Emittentin bestehen bei den an der Emission beteiligten Personen keine Interessen, die für das Angebot bedeutsam sind, außer, dass bestimmte Platzeure und mit ihnen verbundene Unternehmen Kunden von und Kreditnehmer der Emittentin und mit ihr verbundener Unternehmen sein können. Außerdem sind bestimmte Platzeure an Investment Banking Transaktionen und/oder Commercial Banking Transaktionen mit der Emittentin beteiligt, oder könnten sich in Zukunft daran beteiligen, und könnten im gewöhnlichen Geschäftsverkehr Dienstleistungen für die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen erbringen.

Use of Proceeds
Zweckbestimmung der Erträge

Reasons for the offer to the public or for the admission to trading and use of proceeds

Gründe für das öffentliche Angebot oder die Zulassung zum Handel und Zweckbestimmung der Erlöse

An amount equivalent to the net proceeds of the Notes will be used exclusively to finance and/or refinance, in whole or in part, loan instruments of BAWAG with environmental (and social) benefits that meet the Green Eligibility Criteria as defined in BAWAG's Green Finance Framework dated July 2021 (as amended from time to time, the "**Green Finance Framework**"), which is published and available on the website of BAWAG Group under <https://www.bawaggroup.com/linkableblob/BAWAGGROUP/530114/f8aec564d09ae29d917fe8536a0b47bf/green-finance-framework-2021-data.pdf>¹. The Green Finance Framework is aligned with the ICMA Green Bond Principles as of 2021 and the LMA Green Loan Principles 2021.

Under the Green Finance Framework, "Green Eligibility Criteria" are defined for each category of loans and/or investments to (re-)finance: (i) new, existing or refurbished public, commercial and residential buildings (Green Buildings), (ii) generation and transmission of energy from renewable sources and manufacturing of related equipments (Renewable Energy), (iii) production, establishment, acquisition, expansion, upgrades, maintenance

¹ For the avoidance of doubt, BAWAG's Green Finance Framework is not incorporated by reference into the Base Prospectus. Zur Vermeidung von Zweifeln, BAWAGs Green Finance Framework ist nicht per Verweis in den Basisprospekt einbezogen.

and operation of low-carbon vehicles and related private or public infrastructure (Clean transportation), (iv) the establishment, acquisition, expansion and upgrade of transmission lines and energy storage facilities, smart technologies and other associated infrastructure (Energy Efficiency), (v) environmentally responsible, economically viable and socially beneficial agriculture, land restoration, forest management and urban greening (Environmentally sustainable management of living natural resources and land use), (vi) development, construction, operation and maintenance of sustainable water and waste-water management projects and facilities (Sustainable Water and Wastewater Management), (vii) development, construction, operation and maintenance of sustainable waste management and recycling projects, activities and operations (Pollution prevention and control), and (viii) resource use efficiency and circular and / or recyclable products (Eco-efficient and / or circular economy adapted products, production technologies and processes (other than virgin plastic-based solutions)).

BAWAG has set up a dedicated Green Finance Committee that is responsible for management of the Green Finance Framework and evaluation and selection of loans and investments dedicated to the financing of eligible green projects to be (re-)financed under Green Finance Framework based on compliance with the Green Eligibility Criteria. BAWAG ensures that all its activities comply with both official national/international environmental/social regulation and internal environmental/social directives, and the eligibility criteria, minimum requirements and ESG related matters are under constant review and development.

The net proceeds of any financing instruments issued under the Green Finance Framework will be managed in a portfolio approach with the intention of allocating them to a portfolio that meets the Green Eligibility Criteria. BAWAG aims to allocate the full amount of net proceeds from each financing instrument within 36 months of the issuance of such instrument. Whilst any net proceeds remain unallocated, BAWAG will hold and/or invest, at its own discretion, in its treasury liquidity portfolio, in cash or other short-term and liquid instruments, the balance of net proceeds not yet allocated to the loan portfolio. Pending the allocation of the net proceeds of any Green Finance Instrument to the Loan Portfolio, all or a portion of the net proceeds may be used for the payment of outstanding indebtedness or other capital management activities.

The Green Finance Framework is subject to second party evaluation regarding alignment with industry standards as well as robustness and credibility, which will also be made available on BAWAG's website. Moreover, the Green Finance Committee will regularly review the framework and update/amend it wherever necessary with the goal of adhering to the best market practices.

*Ein Betrag, der dem Nettoerlös der Schuldverschreibungen entspricht, wird ausschließlich zur vollständigen oder teilweisen Finanzierung und/oder Refinanzierung von Kreditinstrumenten der BAWAG mit ökologischem (und sozialem) Nutzen, die die Green Eligibility Criteria gemäß dem Green Finance Framework der BAWAG vom Juli 2021 (in der jeweils gültigen Fassung, das "**Green Finance Framework**") erfüllen, das auf der Website der BAWAG-Gruppe unter <https://www.bawaggroup.com/linkableblob/BAWAGGROUP/530114/f8aec564d09ae29d917fe8536a0b47bf/green-finance-framework-2021-data.pdf> einsehbar ist. Das Green Finance Framework ist auf die Green Bond Principles der ICMA von 2021 und die Green Loan Principles 2021 der LMA abgestimmt.*

Gemäß dem Green Finance Framework werden für jede Kategorie von Darlehen und/oder Investitionen zur (Re-)Finanzierung "Grüne Förderkriterien" festgelegt: (i) neue, bestehende oder sanierte öffentliche Gebäude, Geschäfts- und Wohngebäude (Grüne Gebäude), (ii) die Erzeugung und Übertragung von Energie aus erneuerbaren Quellen und die Herstellung entsprechender Ausrüstungen (Erneuerbare Energien), (iii) die Herstellung, Errichtung, den Erwerb, die Erweiterung, die Nachrüstung, die Instandhaltung und den Betrieb von kohlenstoffarmen Fahrzeugen und der entsprechenden privaten oder öffentlichen Infrastruktur (Saubere Transportation), (iv) die Errichtung, den Erwerb, die Erweiterung und die Nachrüstung von Übertragungsleitungen und Energiespeichern, intelligente Technologien und andere damit verbundene Infrastrukturen (Effiziente Energie), (v) eine umweltverträgliche, wirtschaftlich tragfähige und sozial verträgliche Landwirtschaft sowie die Wiederherstellung des Bodens, umweltgerechte, wirtschaftlich tragfähige und sozial verträgliche Landwirtschaft, Bodensanierung, Waldbewirtschaftung und Stadtbegrünung (ökologisch nachhaltige Bewirtschaftung lebender natürlicher Ressourcen und Flächennutzung), (vi) Entwicklung, Bau, Betrieb und Instandhaltung nachhaltiger Wasser- und Abwasserbewirtschaftungsprojekte und -anlagen (nachhaltige Wasser- und Abwasserbewirtschaftung), (vii) Entwicklung, Bau, Betrieb und Instandhaltung nachhaltiger Abfallbewirtschaftungs- und Abfallrecyclingprojekte, -aktivitäten und -operationen (Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und (viii) effiziente Ressourcennutzung und kreislauffähige und/oder wiederverwertbare Produkte (ökoeffiziente und/oder an die Kreislaufwirtschaft angepasste Produkte, Produktionstechnologien und -verfahren (mit Ausnahme von Lösungen auf der Basis von Neukunststoff).

BAWAG hat ein Green Finance Committee eingesetzt, das für die Verwaltung des Green Finance Frameworks sowie für die Bewertung und Auswahl von Darlehen und Investitionen zur Finanzierung förderungswürdiger grüner Projekte, die im Rahmen des Grünen Finanzrahmens (re)finanziert werden sollen, zuständig ist, namentlich auf der Grundlage der Erfüllung der grünen Förderkriterien. Die BAWAG stellt sicher, dass alle ihre Aktivitäten sowohl den

offiziellen nationalen/internationalen Umwelt-/Sozialvorschriften als auch den internen Umwelt-/Sozialrichtlinien entsprechen und die Eignungskriterien, Mindestanforderungen und ESG-bezogenen Aspekte ständig überprüft und weiterentwickelt werden.

Die Nettoerlöse aus sämtlichen in diesem Framework emittierten grünen Finanzinstrumenten werden nach einem Portfolio-Ansatz verwaltet, der auf eine Zuweisung zu einem Portfolio abzielt, welches die grünen Eignungskriterien erfüllt. Die BAWAG strebt an, den vollen Betrag der Nettoerlöse aus jedem Finanzierungsinstrument innerhalb von 36 Monaten nach der Emission des Instruments zuzuweisen. Solange die Nettoerlöse nicht zugewiesen sind, wird die BAWAG den Restbetrag der Nettoerlöse, der noch nicht dem Kreditportfolio zugewiesen wurde, nach eigenem Ermessen in ihrem Treasury-Liquiditätsportfolio in Form von Bargeld oder anderen kurzfristigen und liquiden Instrumenten halten und/oder investieren. Bis zur Zuteilung des Nettoerlöses eines Green Finance Instruments an das Kreditportfolio kann der gesamte Nettoerlös oder ein Teil davon für die Tilgung ausstehender Schulden oder andere Kapitalmanagementaktivitäten verwendet werden.

Das Green Finance Framework unterliegt einer Evaluation durch eine zweite Partei hinsichtlich der Übereinstimmung mit Industriestandards sowie der Belastbarkeit und Glaubwürdigkeit, die auch auf der Website der BAWAG zugänglich gemacht wird. Darüber hinaus wird das Green Finance Committee das Green Finance Framework regelmäßig mit dem Ziel, sich an die besten Marktstandards zu halten, überprüfen und bei Bedarf aktualisieren/ändern, um die Einhaltung der besten Marktstandards zu gewährleisten.

Estimated net proceeds	EUR 498,385,000.00
Geschätzter Nettobetrag der Erträge	EUR 498.385.000,00

Eurosystem eligibility
EZB-Fähigkeit

New Global Note	Yes
New Global Note	Ja
Intended to be held in a manner which would allow Eurosystem eligibility	Yes
Soll in EZB-fähiger Weise gehalten werden	Ja

Note that the designation "yes" simply means that the Notes are intended upon issue to be deposited with one of the ICSDs as common safekeeper, and does not necessarily mean that the Notes will be recognized as eligible collateral for Eurosystem monetary policy and intra day credit operations by the Eurosystem either upon issue or at any or all times during their life. Such recognition will depend upon the ECB being satisfied that Eurosystem eligibility criteria have been met.

Es ist zu beachten, dass die Bestimmung "Ja" lediglich bedeutet, dass die Schuldverschreibungen nach Begebung bei einer der ICSDs als gemeinsamer Verwahrer hinterlegt werden sollen, und es bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Schuldverschreibungen als geeignete Sicherheit im Sinne der Währungspolitik des Eurosystems und der taggleichen Überziehungen (intra-day credit operations) des Eurosystems entweder nach Begebung oder zu einem Zeitpunkt während ihrer Existenz anerkannt werden. Eine solche Anerkennung wird vom Urteil der EZB abhängen, dass die Eurosystemfähigkeitskriterien erfüllt werden.

Prohibition of Sales to EEA Retail Investors Verbot des Verkaufs an Privatanleger im Europäischen Wirtschaftsraum	Not applicable. Nicht anwendbar.
--	-------------------------------------

Prohibition of Sales to UK Retail Investors
Verbot des Verkaufs an Privatanleger im
Vereinigten Königreich

Not applicable.
Nicht anwendbar.

B. Information concerning the securities to be offered /admitted to trading
Informationen über die anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Wertpapiere

Securities Identification Numbers
Wertpapier-Kenn-Nummern

Common Code
Common Code

253147946
253147946

ISIN Code
ISIN Code

XS2531479462
XS2531479462

Yield
Rendite

4.152 per cent. *per annum*. This yield is calculated at the Issue Date on the basis of the Issue Price assuming a redemption on the Maturity Date.
4,152 % *per annum*.
Diese Rendite ist berechnet am Tag der Begebung auf Basis des Ausgabepreises unter Annahme einer Rückzahlung zum Fälligkeitstag.

Resolutions, authorisations and approvals by virtue of which the Notes have been issued
Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, welche die Grundlage für die Emission der Schuldverschreibungen bilden

Resolutions of the management board (*Vorstand*) of the Issuer dated 9 March 2022 , 31 August 2022, and 29 November 2022, respectively, decision by the chief financial officer/member of the management board (*Vorstand*) of the Issuer dated 10 January 2023 as well as resolution of the supervisory board (*Aufsichtsrat*) of the Issuer dated 6 December 2022.

Beschlüsse des Vorstands der Emittentin vom 9. März 2022, 31. August 2022 und 29. November 2022, Entscheidung des Chief Financial Officer/Mitglied des Vorstands der Emittentin vom 10. Januar 2023 sowie Beschluss des Aufsichtsrats der Emittentin vom 6. Dezember 2022.

C. **Terms and conditions of the offer of Notes to the public**
Bedingungen und Konditionen des öffentlichen Angebots von Schuldverschreibungen Not applicable.
Nicht anwendbar.

D. **Listing and admission to trading**
Börsenzulassung und Notierungsaufnahme Yes
Ja

Regulated Market and Official List of the Luxembourg Stock Exchange
Regulierter Markt und amtliches Kursblatt der Luxemburger Wertpapierbörse

Date of admission
Datum der Zulassung 18 January 2023
18. Januar 2023

Estimate of the total expenses related to admission to trading
Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel EUR 2,400
EUR 2.400

Issue Price
Emissionspreis 99.902 per cent.
99,902 %

E. **Additional Information**
Zusätzliche Informationen

Rating
Rating The Notes are expected to be rated A2
by Moody's Deutschland GmbH.

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich das Rating A2 von Moody's Deutschland GmbH erhalten.

Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") is established in the European Community and is registered pursuant to Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies, amended by Regulation (EC) No 513/2011 of the European Parliament and of the Council of 11 March 2011, (the "**CRA Regulation**"). The European Securities and Markets Authority ("**ESMA**") publishes on its website (<https://www.esma.europa.eu/supervision/credit-rating-agencies/risk>) a list of credit rating agencies registered in accordance with the CRA Regulation. That list is updated within five working days following the adoption of a decision under Article 16, 17 or 20 CRA Regulation. The European Commission shall publish that updated list in the Official Journal of the European Union within 30 days following such update.

*Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011, (die "**Ratingagentur-Verordnung**") registriert. Die Europäische Wertpapier und Marktaufsichtsbehörde ("**ESMA**") veröffentlicht auf ihrer Webseite (<https://www.esma.europa.eu/supervision/credit-rating-agencies/risk>) ein Verzeichnis der nach der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen. Dieses Verzeichnis wird innerhalb von fünf Werktagen nach Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 16, 17 oder 20 der Ratingagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht das aktualisierte Verzeichnis im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach der Aktualisierung.*

Moody's defines its ratings as follows:

A2: Obligations rated "A" are judged to be upper-medium grade and subject to low credit risk. The modifier 1 indicates that the obligation ranks in the higher end of its generic rating category; the modifier 2 indicates a mid-range ranking; and the modifier 3 indicates a ranking in the lower end of that generic rating category.

Rating categories defined by Moody's rank from "Aaa" (highest category) to "C" (lowest category).

Moody's definiert ihre Ratings wie folgt:

A2: Mit "A" geratete Verbindlichkeiten werden als oberes bis mittleres Rating mit geringem Kreditrisiko eingestuft. Der Modifikator 1 bedeutet, dass die Schuldverschreibung am oberen Ende ihrer allgemeinen Ratingkategorie eingestuft ist; der Modifikator 2 bedeutet eine Einstufung im mittleren Bereich; und der Modifikator 3 bedeutet eine Einstufung am unteren Ende dieser allgemeinen Ratingkategorie.

Von Moody's definierte Ratingkategorien reichen von "Aaa" (höchste Kategorie) bis "C" (unterste Kategorie).

F. Consent to use the Base Prospectus
Einwilligung zur Nutzung des Prospekts

Not applicable.
Nicht anwendbar.

BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
(as Issuer)
(als Emittentin)
